



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/114 - 19.5.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039.890

Anschlag auf den sozialen Wohnungsbau	S. 1
Antisemitismus im Ostblock	S. 3
Aufteilungspläne für Rheinland-Pfalz	S. 5
"Zick-Zack"-Wege der CDU	S. 6

Wenn Auguren lächeln ...

Von H.G.Ritzel, MdB

Die von dem FDP-Bundesminister für Wohnungsbau, Dr. Preusker, geführte Bewegung auf weitgehende Abschaffung des sozialen Wohnungsbaues und Erhöhung der Altmieten sowie Revision der Mieten in Neubauten, wird wegen ihrer ungeheuren Bedeutung für das Lohn-Preisgefüge in der Bundesrepublik für lange Zeit das Hauptthema der innenpolitischen Auseinandersetzung sein.

— Es gibt Leute die glauben, daß in absehbarer Zeit die in der Bundesrepublik herrschende Wohnungsnot überwunden werden könne. Das ist illusionär. Frei verfügbare Neubauwohnungen gibt es für wenig bemittelte Leute nicht und das Vorschlagsrecht des Hausbesitzers bzw. sein Recht, unter mehreren Wohnungsuchenden den ihm geeignet erscheinenden Mieter herauszusuchen, wird noch für lange Zeit bedeuten, daß eine sehr große Zahl der wirtschaftlich schwächsten Wohnungsuchenden auf den sozialen Wohnungsbau und auf eine gewisse Bewirtschaftung des verfügbaren und neu anfallenden Wohnraumes angewiesen sind.

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant zu wissen, daß bei der Beratung des Haushaltes des Bundesministers für Wohnungsbau im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages von einem Vertreter der Regierungskoalition die Frage aufgeworfen wurde, inwieweit die im Stellenplan ausgewiesenen 100 Beamtenstellen des Wohnungsbauministeriums für die Dauer erforderlich seien,

nachdem doch Bundesminister Dr. Preusker unmittelbar nach seiner Ernennung erklärt habe, es sei sein Ziel, das Bundesministerium für Wohnungsbau in vier Jahren überflüssig zu machen... (Von sozialdemokratischer Seite war die Verwirklichung dieser Absicht angesichts der tatsächlichen Situation auf dem Wohnungsmarkt immer bezweifelt worden). Der anwesende Staatssekretär des Wohnungsbauministeriums sah sich in eine unangenehme Situation versetzt und seine authentische Interpretation der Äußerung seines Ministers verdient festgehalten zu werden. Dr. Wandersleb meinte, daß sein Minister mit seiner Erklärung bei seinem Amtsantritt zum Ausdruck bringen wollte, er selbst (der Minister) wolle sich für seine Person in vier Jahren als Bundeswohnungsbauminister überflüssig machen, aber keinswegs das Ministerium.

Das Augurenlächeln derer, die der gewandten Interpretation des Staatssekretärs mit ihrem doch greifbaren Widerspruch einen deutlich-sichtbaren Zweifel entgegensetzten, offenbarte, was für jeden Kenner der Situation ohne weiteres klar ist: Wenn die volle Liberalisierung des Wohnungsbaues einen Wohnungsbauminister überflüssig macht, dann macht sie auch ein Wohnungsbauministerium entbehrlich. Dann aber können die wirtschaftlich schwachen Schichten unseres Volkes sehen, wo sie mit ihren Wohnungsansprüchen, und seien sie noch so bescheiden, bleiben. Vom Lächeln der Auguren bekommt keine Arbeiterfamilie eine Wohnung. Gerade auch die Frage der Fortsetzung einer sozialen Wohnungsbaupolitik in der Bundesrepublik wird immer bleiben, was sie ist: Eine Angelegenheit der politischen Kräftekonstellation, das heißt des praktischen Willens der Regierung und der sie tragenden Parteien, wirklich soziale Wohnungsbau-Politik zu treiben.

Die nächste Zukunft wird dies, wenn die Pläne des Herrn Dr. Preusker von der Regierungskoalition geschluckt werden, deutlich genug zeigen.

+ + +

Neue antisemitische Tendenzen im Ostblock

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Durch den geflüchteten sowjetischen MWD-Hauptmann Chochlow wurde bekannt, daß neue antisemitische Tendenzen im Kreml zum Tragen kommen, deren Beginn terminmäßig mit der Liquidierung Berijas zusammenfällt. Anhand der Lebensgeschichten zweier sowjetischer Generäle der Staatssicherheit hat Chochlow das nachgewiesen: Bis 1951 war General Eitingon, der Jude ist, der Vorgesetzte Chochlows. Als sein Nachfolger rückte der als Antisemit bekannte General Ignatiew auf. Schon 1952 wurde Ignatiew zum Staatssicherheitsminister ernannt. Im nächsten Jahre überraschte er die sowjetische Öffentlichkeit mit der Story vom Anschlag jüdischer Ärzte gegen das Leben prominenter Kommunisten. Nach dem Tode Stalins, also mit der Verstärkung des Einflusses von Berija, wurden dieselben Ärzte rehabilitiert, Ignatiew aber wurde abberufen und verschwand von der Bildfläche. General Eitingon dagegen tauchte wieder in seiner alten Stellung auf. Doch mit Berijas Sturz verschwand Eitingon ebenso schnell wie er zurückgekehrt war. In Kreisen der MWD wurde damals davon gesprochen, Eitingon sei hingerichtet worden. Die Verbannung oder Zurückstellung Ignatiwews dauerte nur kurze Zeit. Zu Beginn 1954 wird er wieder als Erster Sekretär der kommunistischen Partei Baschkiriens genannt. Damit hat man ihm eines der üblichen Sprungbretter zu neuem Aufstieg untergeschoben.

Nun ist dieser Wechsel an sich ein Einzelfall. Er wird jedoch begleitet durch gleichgerichtete Ereignisse in den Satellitenstaaten. Der Name des Amerikaners Noel Field, eines früheren Kommunisten und Angestellten des State Department, taucht nämlich wieder auf und dient erneut dazu, wie in den Jahren 1949/52, unliebsam gewordene Kommunisten als amerikanische Agenten zu verdächtigen. So spielten angebliche Verbindungen zu ihm sowohl im Budapester Schauprozeß gegen Rajk wie auch im Prager Slansky-Prozeß eine Rolle, der bekanntlich bis in die kommunistische Hierarchie der Ostzone seine Kreise ausdehnte und für eine ganze Anzahl Funktionäre zum Fallstrick wurde.

Kürzlich fand in Preßburg ein Prozeß gegen führende Kommunisten der Slowakei statt. In ihm nannte der Staatsanwalt während seines Plädoyers auch wieder den Namen Field in Verbindung mit einem Angeklagten Holdos, der gestanden haben soll, Field Informationen über die inneren Verhältnisse der Slowakei im Jahre 1948 gegeben zu haben. Dieser Prozeß zeigt die antisemitische Tendenz noch deutlicher. Während im

Slansky-Prozeß der Name der jüdischen Hilfsorganisation "Joint Distribution Committee" nur am Rande vermerkt wurde und die jüdischen Angeklagten meist nur in allgemeiner Form der Unterstützung des Zionismus verdächtigt oder der Bevorzugung jüdischer Bürger bei der Besetzung politischer Ämter beschuldigt wurden, war die Organisation im Moskauer Ärzteprozeß bereits als Anstifterin des Komplotts genannt worden. Immer noch handelte es sich um Anschuldigungen gegenüber jüdischen Funktionären.

In Preßburg nun waren zum ersten Male nichtjüdische Kommunisten wegen Unterstützung jüdischer Genossen unter Anklage gestellt. Sie sollen Zionisten zur organisierten Flucht aus der Tschechoslowakei unter Mitnahme ihres Vermögens verholfen haben. Die Auswanderung slowakischer Juden nach Palästina und jede Hilfe dazu wird als Staatsfeindlichkeit und verbrecherische Handlung ausgelegt. Da sich unter den Preßburger Angeklagten kein einziger Jude befand, wird der scharfe antisemitische Ton, der in Preßburg so auffällig angeschlagen wurde, als eine nicht zufällige Erscheinung gewertet, sondern als absichtlicher Ausdruck einer neuen Politik. In Wien, wo man interne Vorgänge des Ostblocks am aufmerksamsten beobachtet, sieht man darin eine Bestätigung der Vermutungen, die nach Berijas Sturz zuerst undeutlich, dann aber immer lauter geäußert wurden, daß eine neue Ära von Antisemitismus im kommunistischen Länderblock begonnen hat.

Welche Gestalt und Stärke die neue Welle annehmen wird, läßt sich naturgemäß noch nicht absehen. Immerhin sind exakte Beobachter geneigt, das Interim der Berija-Epoche für die Frage des Antisemitismus als beendet anzusehen. Die Motive lassen sich noch nicht erkennen. Meist tauchten antisemitische Tendenzen immer dann auf, wenn von irgendwelchen unbehebbareren Mißständen abgelenkt werden sollte, ein Ausweg, den die russischen Kommunisten der zaristischen Polizei abgesehen hatten. Auf jeden Fall wäre es falsch, Feststellungen solcher Art als zufällig anzusehen. Es geschieht sehr wenig in dem straff organisierten Ostblock, was auf Zufall beruht. Darum muß als sicher angenommen werden, daß ausdrückliche Weisungen des Kreml vorliegen, wenn ein kleiner Staatsanwalt in Preßburg ein gerade im Kommunismus so heißes Eisen in die Hand genommen hat. Es dürften noch weitere Anlässe folgen, die das Eindringen einer antisemitischen Gruppe in den Kreml bestätigen.

+ + +

Der Schatten Luthers über Rheinland-Pfalz

K.H.-Mainz, Mitte Mai

Vor knapp zwei Wochen war es die Anwesenheit Dr. Luthers an der Spitze seines Neugliederungsausschusses in der benachbarten Regierungstadt Darmstadt, die ihre düsteren Schatten über die freundlichen Barockgebäude in der Nachbarschaft des Mainzer Doms war. In der nächsten Woche sieht man sich selber der in Regierungskreisen von Rheinland-Pfalz angezweifelten Ehre gegenüber, den in innerdeutschen Gebietsfragen seit Jahrzehnten versierten alten Herrn in Mainz empfangen zu müssen. Kein Wunder, daß man im Mainzer Staatssekretariat die verbleibenden Tage eifrig benutzt, seine Verteidigungsmunition zusammenzutragen und zu sichten.

Schon einmal stand die Drohung eines Besuches Dr. Luthers unmittelbar vor den Mainzer Toren. Damals - es war vor etwa zwei Jahren - war es dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz noch einmal in buchstäblich letzter Stunde gelungen, den ungerufenen Besucher mitsamt seinem Ausschuss nach Bayern abzulenken. Diesmal wird ein ähnlicher Streich nicht gelingen; dafür aber hat man sich diesmal auch besser vorbereiten können.

Der Schatten Luthers und die ihn unausgesprochen begleitende Drohung bedeuten nicht mehr und nicht weniger als die Auflösung von Rheinland-Pfalz, dem auf französischen Wunsch entstandenen Staatengebilde westlich des Rheines. Die weitgehenden Absichten Frankreichs in den ersten Nachkriegsjahren zielten sogar auf eine Separierung dieses Landes vom ehemaligen Reichsgebiet hin. Dies ist zwar nicht gelungen, gewissermaßen als "Denkmal" aber blieb ein Staat, aus verschiedensten Gebietsteilen benachbarter Länder zusammengesetzt und Zielpunkt ständiger Angriffe von außen und innen. Da ist Hessen, das den Verlust seiner Provinz Rheinhessen links des Rheines nicht verschmerzen kann; da ist Nordrhein-Westfalen, das nach verlorenen Teilen der ehemaligen Rheinprovinz im Westerwald und an der Mosel blickt; da ist Bayern, das seine ehemalige, vor dem ersten Weltkrieg bestandene Oberhoheit über die gesegnete Pfalz gerne in eine "Verwandtschaft" ummünzt. Ebenso wie diese Forderungen der Nachbarn die Mainzer Regierung von außen bedrängen, gibt es entsprechende Bestrebungen von innen, die wie Zentrifugal-

Kräfte das zusammengesetzte, aber noch lange nicht zusammengeschweißte Land auseinanderzureißen drohen, jede nach einer anderen Richtung hin.

In Mainz ist dieser Kleinkrieg schon seit Jahren nichts Neues mehr und für jeden Angriff hat man schon lange Gegenargumente besessen. Vor allem aber hat man sich immer unter dem heimlichen Schutz Bonner Regierungskreise sehr sicher gefühlt, denn man war nicht umsonst seit eh und je treuestes Bundesland. Nun aber sieht man sich der bitteren Tatsache gegenüber, sich den unbestechlichen Prüfungen des Luther-Ausschusses aussetzen zu müssen, dessen Leiter noch dazu vor fast 30 Jahren schon eigene Gebietsreformen für den deutschen Westen ausgearbeitet hat und der auch wahrscheinlich heute noch mit seinem alten Plan eines Rhein-Main-Staates liebäugelt.

Da Herr Luther sich nach seinen Untersuchungen sehr schweigsam verhält, da ihm vor zwei Wochen in Darmstadt recht kräftige Gründe vorgesetzt wurden, wird man in Mainz nächste Woche ebenfalls mit Statistiken, Karten und historischen und juristischen Gutachten nicht geizen. Vielleicht wird man sogar mit dem unglücklichen Saargebiet spielen und sich als "Aufnahmeland" für den Fall einer Rückkehr hinstellen wollen. Ein Rechtsgutachten der Mainzer Landesregierung zum deutschen Status des Saargebietes, das letzte Woche gerade rechtzeitig fertiggestellt wurde, könnte dazu gute Dienste leisten. Wenn auch der Besuch Luthers die Spannung im Land sehr verstärken wird, auf das Ergebnis seines Besuches in Rheinland-Pfalz werden alle Beteiligten solange warten müssen, bis die letzten Gutachten für den Bundestag fertiggestellt sind.

+ + +

"Zick-Zack"-Wege der CDU

(sp) Die Skala der CDU reicht weit. Von den Sozialisierungstendenzen des Ahlener Programms bis zur Verhinderung der Mitbestimmung und Ausnahmegesetzen gegen öffentlich Bedienstete. Von Ochsenfurther Zwischenfall bis zur "Politik aus gemeinsamer christlicher Verantwortung". Sie geht von der "liberalen Meute" bis zum "wertvollen Bundesgenossen" in der Bonner Koalition, reicht von "er knüpfte die Fäden zur Welt" bis "nach Moskau geh' ich nicht" und schließt "Zustimmung zur Europäisierung der Saar" - "das ganze Deutschland soll es sein", nicht aus. In Baden-Württemberg stimmt die CDU der christlichen Gemeinschaftsschule zu, in Niedersachsen treibt sie sie auf ihrer politischen Skala in den Fieberbereich konfessioneller Leidenschaften.

Und während der Bundesvorsitzende der CDU/CSU, Bundeskanzler Adenauer, in Düsseldorf erklärt, er und seine Partei seien "gegen jede Zick-Zack-Politik", gravieren zur selben Zeit die CDU-Landesorganisationen in zwei - dazu noch benachbarten - Bundesländern diese "Zick-Zack-Politik" tief auf der CDU-Skala ein. In Niedersachsen gibt die CDU-Landesleitung bekannt, sie habe sich dem Vorschlag der DP angeschlossen, bei den Landtagsneuwahlen im nächsten Jahr einen Block aller Parteien rechts von der SPD nach Hamburger Muster zu bilden. Ihr erschiene das Zusammengehen aller nichtsozialistischen Kräfte auf "breiter Grundlage" notwendig zu sein. Die CDU bejahe unbedingt die Blockbildung. Am selben Tage lehnt der Landesgeschäftsführer der CDU in Schleswig-Holstein, Landtagsabgeordneter Dennhardt, im Namen seiner Partei klar und sehr entschieden jede sogenannte Blockbildung ab. Sie würde "von kleinen Parteien und unpolitischen Gruppen" angestrebt werden, sei aber für die CDU "undiskutabel"! Allein und ohne wahltaktische Anlehnung an andere politische Kräfte wolle die CDU vor die Wähler treten, um von sich aus zu einem klaren Zwei-Parteien-System in der Bundesrepublik beizutragen.

Die CDU mutet den Schaltvermögen des deutschen Staatsbürgers infolge der Unglaubwürdigkeit ihrer Politik Unmögliches zu: Keine "Zick-Zack-Politik!", erklärt der Parteichef, "CDU, FDP, DP und BHE in einen Wahlblock!", verlangt die niedersächsische CDU, "wir lehnen jede Blockbildung entschieden ab!", verlautbart die CDU in Schleswig-Holstein, und das alles trägt das gemeinsame Veröffentlichungsdatum des 13. Mai 1954! Mit ungläubigem Staunen erlebt der bundesrepublikanische Bürger das intensive Liebeswerben der CDU in Niedersachsen um die gleichen Parteien, die sie in Schleswig-Holstein als kleine, bedeutungslose Parteien, die nur noch die Aufgabe des baldigen Verschwindens haben", verächtlich zur Seite schiebt. In keinem Bundesland hat die CDU ihre Bonner Koalitionsfreunde so schnöde behandelt wie in Schleswig-Holstein. Hier steht auf der Skala: Niederknüppeln um jeden Preis, mit jedem Mittel, kurzum, die Alleinherrschaft. Und in Hannover schiebt der Samthandschuh auf der politischen Skala die Machtpositionen der CDU vorwärts.

Alle Wege führen nach Rom? Man sagt es. Die Zick-Zack-Wege der CDU zur politischen Macht auch in allen Bundesländern? Die Geschichte wiederholt sich nicht. Sie lehrt: Je weiter, je machtlüsterner der Bogen gespannt wird, umso heftiger zerspringt eines Tages die Skala. Nur möchte das deutsche Volk dann nicht dank der CDU wieder einmal am Nullpunkt beginnen.